



Mitgliederumfrage der Arbeitsgemeinschaft Naturund Umweltbildung (ANU) zum Thema Rechtsextremismus

Zusammenfassung der Ergebnisse

Stand 10.04.24

Im Zeitraum vom 14. Dezember 2023 bis 24. Januar 2024 führte der ANU Bundesverband eine Mitgliederbefragung zum Thema Rechtsextremismus durch. Die Einladung zur Teilnahme erfolgte per E-Mail an 1090 ANU-Mitglieder. Die anonyme Online-Umfrage wurde im Rahmen des Projekts "ANU gegen Rechtsextremismus" durchgeführt. Dieses Projekt wird durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) im Rahmen des Förderprogramm transform-D gefördert.

Hoher Rücklauf

Insgesamt haben 257 Personen die Umfrage vollständig ausgefüllt. Davon nahmen 31% als freiberufliche Referent*innen und 58% als Vertreter*innen eines Umweltzentrums bzw. einer Bildungseinrichtung teil - 11% gaben "Weder noch" an.

Ein Drittel der Teilnehmenden besitzt niedrigen oder sehr niedrigen Kenntnisstand zum Thema "Naturschutz und Rechtsextremismus"

37% der Teilnehmenden schätzten ihr Wissen zu den Themenfeldern Naturschutz/Umweltschutz und Rechtsextremismus als niedrig oder sehr niedrig ein (Mittel 46%, hoch oder sehr hoch 16%). An Weiterbildungen/Fortbildungen zum Thema hatten 22% der Teilnehmenden bereits teilgenommen.

Großes Interesse an ANU-Fortbildung

40% der Teilnehmenden gaben an, dass sie an einer kostenlosen, zweitägigen, regionalen Fortbildung der ANU zum Themenfeld "Naturschutz und Rechtsextremismus" teilnehmen würden (51% waren sich unsicher, 6% verneinten dies und 3% machten keine Angabe). Dabei stießen folgende drei Themen auf das größte Interesse (Häufigkeit nach Antworten, Mehrfachauswahl):

- 1. Umgang mit rechtsextremen Haltungen von Teilnehmenden (23%)
- 2. Aktuelle Aktivitäten, Strategien und Codes rechtsextremer Akteur*innen und Bewegungen (21%)
- Beispiele für die Anschlussfähigkeit von Themen des Umwelt- und Naturschutzes für rechtsextreme Ideologien (z.B. Neobiota, "Überbevölkerung", Postwachstum…) (18%)

Berührungspunkte mit dem Thema Rechtsextremismus hauptsächlich durch Konfrontation mit menschenverachtenden Äußerungen

34 % der Teilnehmenden gaben an, dass ihnen im Rahmen ihrer Tätigkeit rechtsextreme oder menschenverachtende Äußerungen/Positionen begegnet sind (Nein 61%, keine Angaben 5%). Nach eigenen Angaben kam dies häufig unter den Teilnehmenden von Bildungsveranstaltungen vor. Gegenstand waren meist rassistische, antisemitische oder homo- und queerfeindliche Äußerungen. Es wurden aber auch Beispiele im kollegialen Kontext genannt, wo sich Pädagog*innen rassistisch gegenüber Teilnehmenden oder ehemaligen Kolleg*innen äußerten. Vereinzelt wurden Fälle mit Umsturzfantasien oder Verschwörungstheorien geschildert.

Von Anfeindungen, Bedrohungen oder anderen Übergriffen von Rechtsextremen berichteten 6% der Teilnehmenden (85% verneinten dies und 9% machten keine Angaben). Nach eigenen Aussagen handelte es sich dabei meistens um Beschimpfungen oder verbale Äußerungen. In einem Fall wurde von einer schriftlichen Drohung durch Reichsbürger berichtet.

Durchschnittlich 10% der Teilnehmenden vertraten Aussagen, die Anschlussfähigkeit zu rechtsextremen Ideologien aufwiesen

Angelehnt an eine Studie von FARN und Diversu (2022) wurden im Rahmen der Umfrage die Zustimmung zu verschiedenen Aussagen abgefragt, die eine Anschlussfähigkeit zu rechtsextremen Ideologien aufweisen. Themen waren der Wunsch nach Demokratieabbau aus Gründen des Klimaschutzes, "Überbevölkerung", Schulterschluss und Biologismus. Die höchste Zustimmung, bzw. Ablehnung zeigten sich bei Thema Biologismus, bei denen Beobachtungen und Gesetzmäßigkeiten aus der Natur unmittelbar auf das menschliche Zusammenleben übertragen werden. So stimmten beispielsweise 10% der Teilnehmenden folgender Aussage eher nicht oder überhaupt nicht zu: "Regeln und Normen für das menschliche Zusammenleben und gesellschaftliche Miteinander werden uns nicht von der Natur vorgegeben, sondern diese können wir als Menschen und Gesellschaft selbst gestalten."